RUNDSCHREIBEN Nr. 31   6.8.1975

Auch für die Genossen der Massenorganisationen

Der Beschluß der Leitung zur Ausrichtung des Wahlkampfs vom 28.6.1975 (R 28) richtete sich gegen gewissen Fehler, die früher von uns und insbesondere von anderen m.l. Organisationen gemacht worden waren. Hauptsächlich handelt es sich um den Fehler, anläßlich der Wahlen nur die Frage der Wahlen und des Parlamentarismus aufzuwerfen. In anderen Städten verband sich dieser Fehler oft mit einer abstrakten "Prolaganda für den Parteiaufbau". Demgegenüber hält der Beschluß der Leitung richtig fest, daß die politischen Fragen und insbesondere die sozialen Probleme der Massen den eigentlichen Gegenstand des Wahlkampfes bilden. Er hält auch ganz richtig im Punkt 8 (S 6/7) fest, wie diese Probleme, deren Wurzel das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist, im Zug des Wahlkampfes aufgeworfen werden sollen, nämlich im Hinblick auf "Inhalt und Form der politischen Macht". Das bedeutet darauf hinzuweisen , daß die "parlamentarische Demokratie" eine Form der Diktatur der Bourgeoisie ist und die parlamentarische Fassade nur der Verschleierung dieser Diktatur dient; daß die Arbeiterklasse sich nicht des Parlamentes bedienen kann zur Geltendmachung ihrer Interessen, weder zur Geltendmachung ihrer Tagesinteressen, noch zur Eroberung der politischen Macht; daß die Arbeiterklasse vielmehr den Klassenkampf führen muß gegen die herrschende Klasse und ihren Staat und bis zum Sturz der Bourgeoisie, der Zerschlagung des bürgerlichen Staats und der Errichtung der proletarischen Diktatur; daß daher Wahlen und Stimmzettel für die Arbeiterklasse lediglich benutzt werden können, um auch die Wahlen zur Kampfansage an die Bpurgeoisie und ihre Parteien und das Parlament als Tribüne des Klassenkampfes zu nutzen. Es ist daher selbstverständlich so, daß auch die Frage der Wahlen und des Parlaments im Wahlkampf zur Debatte steht und von uns im Zusammenhang mit den sozialen Fragen auch unbedingt aufgeworfen werden muß. Im Zusammenhang dieser politischen Agitation bildet die"Linie, die Volksvertreter zur Rechenschaft zu ziehen", den roten Faden insbesondere unseres praktisch-politischen Auftretens im Wahlkampf, also etwa bei bürgerlichen Wahlveranstaltungen. Im Beschluß vom 28. 6. war das nicht so eindeutig gesagt, was zusammen mit einer falschen Formulierung auf S.7, 4. Absatz, 1. Satz zu Mißverständnissen führte. Das Wertheim-Kollektiv hat mit Recht darauf hingewiesen, daß deshalb die Gefahr bestand, " daß im Laufe des Wahlkampfes kleinbürgerliche Abweichungen (d.h. hauptsächlich ein kleinbürgerlicher Demokratismus, der gegen die 'Volksvertreter' nicht ausgehend von den sozialen Problemen der Massen hetzt, sondern weil sie Püicher sind, W.L.) auftreten werden. Speziell während des Wahlkampfes könnte es aber auch dazu kommen, daß die Ebtlarvung des Parlamentes mehr oder weniger ausgeklammert wird."

Der wichtigste Mangel des Beschlusses vom 28.6 besteht darin, daß nicht klar erkannt wird, daß die Wahlen nicht nur eine Periode gesteigerten politischen Interesses der Massen mit sich bringen, sondern auch als solche ein bedeutendes politisches Ereignis sind. Es wird nicht zwischen Wahlen und Wahlkampf differenziert. Es wird nicht differenziert, daß es eine Sache ist, der Beourgecisie im Wahlkampf ideologisch entgegenzutreten, was wir auf jeden Fall tun können und müssen, und ein andere Sache, ihr auf der Ebene der Wahlen selbst, mit dem Stimmzettel entgegenzutreten, was wir erst mit einer Kandidatur wirklich können, und was ohne Kandidatur

nur sehr bedingt möglich ist. Das ändert allerdings nichts daran, daß wir auch heute bereits die Massen zu einem aktiven Verhalten auch auf der Ebene des Stimm zettels aufrufen , nämlich dazu, den Stimmzettel durch die Aufschrift " Vorwärts zur sozialistischen Revolution " ungültig zu machen. Dieser Mangel des Beschlusses vom 28.6 zeigt sich deutlich auf den Seiten 4 und 5, wo eine Kandidatur der Kommunistennur von der Seite her gesehen wird, daß sie " wesentlich günstigere Bedingungen schaffen würde für die Erfüllung unserer Aufgaben (im Wahlkampf)". Das ist aber nicht das entscheidende an einer Kandidatur. Das entscheidende ist, daß erst mit einer Kandidatur die Kommunisten wirklich an den Wahlen teilnehmen können und erst dadurch " die Entscheidung der Massen (für den Sozialismus)auch auf der Ebene des Stimmzettels (d.h. eben bei den Wahlen selbts, W.L.) eine viel konkretere , handgreiflichere Form annehmen, und einen aktiven, positiven Ausdruck finden könnte". Hier klingt das Richtige an, aber es wird wieder verwischt, wenn es auf S.5 heißt: " An der Wahlkampfführung ändert sich dadurch (keine Kandidatur) grundsätzlich gar nichts, nur müssen wir uns mit einer Krücke behelfen...". Es ändert sich selbstverständlich sehr viel daran, wie wir Wahlen und Wahlkampf überhaupt ausnutzen können, je nachdem ob wir kandidieren oder nicht. Das wird nicht gesehen, die gewaltige Bedeutung, die eine Kandidatur hätte, wirdÜnterschätzt. Ich glaube, daß auch dieser Mangel darauf fußt, daß einfach der Bogen überspannt wurde in der Richtung : "Der Wahlkampf muß mit sozialem Inhalt erfüllt werden" und daß uns dabei einiges aus dem Blickfeld geraten ist.

Die genanntenMängel haben bereits eine Reihe von schlechten Konsequenzen gehabt. Sie haben uns dazu verleitet, die Differenz mit der VRA in erster Linie darin zu sehen, ob bei den Wahlen nur die Frage der Wahlen aufgeworfen, oder ob der Wahlkampf vor allem soziale Fragen zum Inhalt haben soll. Richtig ist, daß die VRA stets den Blick hauptsächlich auf die politischen Formen der gesellschaftlichen Zustände richtet, und weniger auf ihren sozialen Inhalt, und daß dem oft ein kleinbürgerlicher Demokratismus (gegen die Bonzen und Pülcher) entspricht. Die Hauptdifferenz in Bezug auf die Wahlen besteht bzw. bestand bis zur Konferenz am 2.,3.8. aber im taktischen Verhalten der Kommunisten zum Parlament und zu den Wahlen. Die genannten Mängel haben weiters dazu geführt, daß lange Zeit ausschließlich eine Vereinheitlichung der inhaltlichen Wahlkampfführung der M.L. für wertvoll gehalten wurde, und die eminente Bedeutung einer Einheit "bloß" in Bezug auf die Haltung der M.L. zu Wahlen und Parlament nicht erkannt wurde. Während wir im St.A. diesen Fehler bei der Konferenz am 2./3.8. bereits korrigiert hatten, war den Delegationen einiger KBs,. die sich unsere Positionen mitsamt, ja oft unter Betonung der Fehler angeeignet hatten, vollkommen der Blick verstellt, was den Verlauf der Konferenz negativ beeinträchtigte. Eine dritte Konsequenz dieser Mängel bestand darin, daß die Unterstützung einer Kandidatur der M.L. ihr Gegenstück fand in einer Überschätzung des Gegensatzes zwischen den verschiedenen Vorschlägen für das praktische Wahlverhalten("Boykott" oder Aufschrift). Die Wahlenthaltung wurde als absolut schlecht ("Diejenigen, die nicht wählen gehen, aus welchen Gründen auch immer, verzichten auf den Ausdruck ihres politischen Willens", sie"ziehen sich von einer Ebene des politischen Geschehens zurück, d.h. überlassen diese erst recht wieder kampflos der Bourgeoisie"), das ungültig machen durch die vorgeschlagene Aufschrift als absolut gut dargestellt. Der Gegensatz ist aber nur relativ, solange die Kommunisten nicht kandidieren und ihre Kandi-

datur zu einem Instrument der Mobilisierung der Massen machen können. So richtig es daher ist, unbedingt an unserem Vorschlag festzuhalten im Unterschied zum Vorschlag der VRA, so notwendig wäre es zugleich gewesen, die Differenzen zurückzuführen auf das wirklich zugrundeliegende, auf die taktische Haltung zu Wahlen und Parlament, und sich darauf zu konzentrieren in der Auseinandersetzung. Auch das hatten wir bereits vor der Konferenz erkannt und demgemäß die Einheit in der taktischen Haltung zu Wahlen und Parlament (einschließlich der Aufforderung zu einem aktiven Wahlverhalten) zur Bedingung einer gemeinsamen Erklärung gemacht, nicht jedoch die Einheit bezüglich unseres konkreten Vorschlags für den Wahlakt, den wir für unsere eigene Agitation und Propaganda selbstverständlich aufrecht halten.

Es ist auch die Frage aufgetaucht, welche Bedeutung die Frage des Parteiaufbaus in der Wahlkampfagitation spielt. Sie spielt eine bedeutende Rolle, weil wir erstens in unserer Politik stets darauf hinweisen müssen, daß die Arbeiterklasse heute ohne Kampfstab ist, und daß sie eine neue Kommunistische Partei hervorbringen muß, und weil zweitens bei den Wahlen Politik gegen Politik und Programm gegen Programm steht. Es ist aber nicht so, daß im Wahlkampf alles auf den Parteiaufbau zugespitzt werden soll. Deshalb wäre es falsch vorzuschlagen, den Stimmzettel durch eine Aufschrift wie "Vorwärts beim Aufbau der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse!" ungültig zu machen. Es ist hier zu bisher nicht ausdiskutierten Meinungsverschiedenheiten in der Organisation gekommen, die vielleicht darin ihre Wurzel haben könnten, daß nicht gesehen wird, daß die Herausbildung der Partei der Arbeiterklasse nicht so vor sich geht, daß die Kommunisten ihre eigene Aufgabe, den Parteiaufbau, den Massen unter die Nase reiben, sondern so, daß die Massen sich für die Ziele und die Politik der Kommunisten entscheiden. Das kommt aber in der von der Leitung vorgeschlagenen Losung richtig zum Ausdruck.

Diese Ergebnisse der Beratungen des St.A. müssen beachtet werden, wenn der Beschluß der Leitung vom 26.8. unserer Arbeit zugrundegelegt wird. Nach wie vor ist der St.A. aber der Meinung, daß der Beschluß der Leitung wesentliche richtige Festlegungen enthält. Der St.A. wird der Leitung am 1o.8. in diesem Sinn, wie ich es hier zusammengefaßt habe, berichten und eine Ergänzung bzw. eine Korrektur des Beschlusses vorschlagen. Wie bereits gesagt, hatten wir die genannten Korrekturen bereits vollzogen, als wir in die Konferenz am 2./3.8. gingen. Wir hatten vorgeschlagen, im ersten Tagesordnungspunkt über die Haltung der M.L. zu Wahlen und Parlamentarismus zu beraten und auch darauf Kurs zu nehmen, die auf dieser Ebene erreichte Einheit in einem gemeinsamen Wahlaufruf niederzulegen, der drei Punkte enthalten sollte: 1. Was die M.L. von Wahlen und Parlament halten; 2. daß keine der kandidierenden Parteien ein "kleineres Übel" für die Arbeiterklasse ist; 3. daß die Kommunisten den Arbeitern ein aktives Wahlverhalten vorschlagen, obwohl sie nicht kandidieren. Gerippe einer solchen Erklärung ist der Anhang 1 des Protokolls der Konferenz. Dieser Vorschlag war unsere Minimalplattform, unter die wir nicht heruntergehen konnten, ohne eine gemeinsame Erklärung politisch zu entleeren und damit sinnlos zu machen. Im 2. Tagesordnungspunkt sollte dann über die inhaltlichen Schwerpunkte des Wahlkampfes beraten werden. Dafür hatten wir den im R 3o enthaltenen Vorschlag unterbreitet, ergänzt noch um die Frage der Arbeitslosigkeit und des Gesundheitswesens. Unsere Vorstellung war, die dort angeführten Fragen inhaltlich kurz durchzubesprechen, um feststellen zu können, wo zwischen wem wie weit Einigung erzielt werden könnte.

Der erste Tagesordnungspunkt beanspruchte den ganzen Samstag. Die Debatte verlief hauptsächlich zwischen uns und der VRA. Sie war sehr sc schwierig, langwierig und teilweise äußerst heftig. Die Delegation der VRA vertrat weder eine klare noch eine einheitliche Auffassung. Allmählich kristallisierte sich als Hauptsache die Auffassung heraus, da daß die Haltung Lenins im "Linken Radikalismus" nicht mehr in dieser Form gültig sei, denn erstens habe sich damals der Vorschlag der Wahlbeteiligung auf eine revolutionäre Situation bezogen, zweitens seien seit den Zwanzigerjahren die parlamentarischen Illusionen der Massen, insbesondere daß das Parlament etwas im Sinne der Massen regeln würde "weitestgehend verschwunden". Auf unsere Hinweise, daß von einem weitgehenden Schwinden der Illusion über die "bürgerliche Demokratie", von denen ja die Illusionen bezüglich des Parlaments nur eine Seite sind, gar keine Rede sein könnte, - darauf konnte der Wortführer der VRA nichts ernsthaftes Antworten und landete schließlich bei der absurden revisionistischen Theorie, daß die Massen zwar keine Illusionen über das Parlament, aber welche über die bürgerlichen Parteien hätten. Man kann jedoch unmöglich die einzelnen Parteien und das parlametarische Parteiensystem als ganzes in dieser Weise voneinander trennen, haben doch die einzelnen Parteien politische Bedeutung und ein gewisses Vertrauen der Massen, gerade im Hinblick auf ihre Rolle in der "Parlamentarischen Demokratie", sei es als Regierungsbildende Mehrheit, sei es als Opposition. Dividiert man die einzelnen Parteien und das parlamentarische System auseinander, dann kann man unmöglich mehr erklären, worum es der Bourgeoisie überhaupt geht bei Wahlen, wie die Massen sich dabei verhalten, usw. usf.. So gut es nun war, daß sich diese "Theorie" und die Behauptung des "weitestgehenden Schwindens" der parlamentarischen Illusionen als ein einigermaßen faßbarer Kern der VRA-Positionen herauskristallisierte, sowenig reichte das aus. Was darin zum Ausdruck kommt, ist die Anschauung, daß die ML in der heutigen Zeit n sich nicht an Wahlen und Parlament beteiligen dürfen, weil die Massen bereits über Illusionen bezüglich der Wahlen und des Parlaments hinaus wären. Es geht um die Gültigkeit und Anwendung eines Grundprinzips kommunistischer Taktik. Es ist uns aber nicht gelungen, die Auseinandersetzung auf der Konferenz so eindeutig und klar auf diese Ebene hinzuführen, wie es notwendig gewesen wäre,. Ein wichtiges Hindernis dafür war, daß die VRA bei allen mögliche Sachen ansetzte, um uns revisionistische Auffassungen zu unterschieben, und nicht davon abzubringen war, einen scheinbaren "Kampf zweier Linien" zu "entfalten" zwischen denen, die die Prinzipien der m.l. Staatstheorie verteidigen und denen, die sie revidieren und eine andere theoretische Anschauung über Wesen und Charakter des bürgerlichen Staates und die Notwendigkeit seiner Zerschlagung vertreten. Darüber gab es aber überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten. Diese gab es vielmehr um die Taktik der ML gegenüber einer Einrichtung des Staates, was ständig verdeckt wurde. Der erste Konferenztag endete mit einem heftigen Eklat, weil VRA-Sprecher uns als Revisionisten betrachteten und die Konferenz überhaupt nicht fortsetzen wollten.

Am Sonntag früh trat eine bedeutende Wende ein. Wir stellten nochmals unseren Anhang 1 des Protokolls zur Debatte. Gen. A.J. von der VRA erklärte sein Einverständnis mit der darin vertretenen Position und brachte eine Ergänzung ein, die die frage der Kandidatur der ML ausdrücklich nur von Einem abhängig macht: vom politischen Entwicklungsgrad der ML-Bewegung. So, wie die Sache

dann zu Protokoll gegeben und von allen unterschrieben wurde gab es keine Differenzen mehr auf dieser Ebene. Es ist angesichts der Vorgeschichte zu befürchten, daß diese Einheit nicht gerade auf Granit gebaut ist, und schweren Auseinandersetzungen innerhalb der VRA ausgesetzt sein wird. Hätte die Konferenz kein anderes Resultat gehabt als das, so wäre sie bereits ein bedeutender Fortschritt gewesen hinsichtlich der Einigungsbemühungen der ML gemäß dem grund-Prinzip " Einheit auf der Grundlage von Klarheit". Wir hoffen, daß bei der nächsten d Konferenz am 16./17.8. in Linz dieser Erfolg gesichert und erhalten werden kann.

An dieser Stelle ist anzumerken, daß die Delegationen einiger KBs die Bedeutung auch einer Einheit bloß einmal auf dieser Ebene unterschätzten oder überhaupt negierten und auch ein dementsprechendes Verhältnis zu einer entsprechenden gemeinsamen Erklärung an den Tag legten. Neben dem bereits weiter oben genannten Fehler spielt hier sicher auch eine Gegenreaktion zu den bisherigen Nur-Erklärung-Schreiben (wie zum 1.Mai) ohne Vereinheitlichung der wirklichen Politik eine Rolle. Das Pendel hat aber jetzt in der anderen Richtung ausgeschlagen.

Bei der Behandlung des 2. Tagesordnungspunktes stellte sich sofort heraus, daß unser Vorschlag (R 3o) viel zu breit und umfangreich war. Wir haben uns daher auf drei Schwerpunkte beschränkt: Frage der Kriegsgefahr in Europa; Kampf des Volkes gegen den staatlichen Raubzug; Kampf der Arbeiterklasse und aller Lohnabhängigen gegen die Folgen der Krise im Betrieb. Die Diskussion war durchaus fruchtbar und zeigte auch, daß zu den ersten beiden Punkten eine gemeinsame Agitation und Propaganda im Bereich der Möglichkeit liegt. In Bezug auf den dritten Punkt werden die KBs eine gemeinsame Broschüre herausgeben. So wurden auch fortschritte erzielt hinsichtlich der Vereinheitlichung des praktischen Wahlkampfes. Darum wird es dann vor allem am 16./17.8. in Linz gehen.

Die MLPÖ hatte ihre Teilnahme an der Konferenz zugesagt, ist dann aber doch nicht erschienen. Bei einer Aussprache zwischen MLPÖ und uns drei Tage vorher hatte Gen. St. erklärt, daß hinsichtlich der Wahlen weitestgehende Übereinstimmung mit unserem Beschluß vom 28. 6. bestehe.
Im Zusammenhang der Wahlen sind noch einige Sachen zu erwähnen. Die Leitung wird am 1o.8. das Gerippe für einen Plan für unsere praktische Tätigkeit im Wahlkampf erarbeiten, der dann über die Kollektivverbände Fleisch und Blut kriegen muß. In den Grundeinheiten soll daher die Ausrichtungsdebatte fortgeführt werden, und ebenso wichtig ist es, daß ihr euch jetzt schon Gedanken macht über euer konkretes Auftreten im September und anfang Oktober.

Am 21. 8. findet die vereinbarte gemeinsame MV mit der VRA statt. Damit sie uns ideologisch etwas bringt, muß sie gründlich vorbereitet werden. Dazu findet am 11.8. um 19 Uhr ein Kollektivleitertreffen statt.

Einige Bekanntmachungen: Geb ildet wurde nach der Zelle in der MLS jetzt auch eine KB-Zelle im RSB, drei Genossen aus dem RSB werden somit KB-Kandidaten. [illegible]
[illegible]

Angesichts personeller Schwächen wurden die beiden Kollektive Wertheim und Schrack zu einem Kollektiv zusammengelegt, das beide Betriebe betreuen soll. Über die damit verbundenen Fragen bzw. die auftauchenden Probleme wird die Leitung am 1o.8. beraten und dann eine Stellungnahme abgeben.

Im R 29 war der Termin für die neue Krisenschulung falsch angegeben, sie wird erst am 11./12. Oktober stattfinden.

Bezüglich der Betriebszeitungen und Betriebsflugblätter sind im R 27 falsche Sachen gestanden, die mir auch prompt schon wieder ein Gerichtsverfahren eingetragen haben. Alle Betriebs- und Stadtteilzeitungen, die ja öfter, wenn auch vielleicht unregelmäßig, aber in Abständen von nicht länger als drei Monaten erscheinen und einen Einheitlichen Kopf tragen, sind periodische Druckschriften, die der KB als solche anmelden muß. Geschieht das nicht, ist es ein Verstoß gegen das Pressegesetz. Also teilt mir mit, wenn Ihr so etwas vorhabt. 2.: Alle unsere Publikationen tragen ohne Ausnahme einheitlich das Impressum. wie es auch die Zeitung und die zentralen Flugblätter tragen. 3.: muß jede Zeitung und jedes Flugblatt bis zum Verteilen beim Pressebüro der Bundespoldion und bei der gerichtlichen Pressepolizei angemeldet werden, laßt euch Euch nicht von irgendwelchen Polizeibeamten einen Unsinn aufschwatzen, seid nicht so naiv und leichtsinnig der Polizei gegenüber. Die alten "juristischen Informationen" sollte jeder Genosse nochmals studieren.

Nach Auslaufen den jetzigen Schulung werden wir die "Geschichte der KPdSU(B). Kurzer Lehrgang" schulen. Alle Genossen sollten sich aber jetzt schon dieses Lehrbuch besorgen und es zum Selbststudium benutzen. Das ist von größter Bedeutung, weil so gut für die anstehenden polit. Aufgaben theoretisch rüsten können.

Im R 31 abgedruckt ist der 1.Teil eines Beschlußentwurfes von A.R. zum ÖGB-Kongress, der gut geeignet ist zur Festlegung unseres Herangehens. Eine Diskussion im ST.A. hat die Meinung zum Resultat gehabt, daß der ÖGB-Kongress die Frage nach Rolle und Aufgaben der Gewerkschaft in der heutigen Zeit aufwirft. Auch wir werden dazu unsere Meinung in einem Artikel im September-Klaka sagen. Neben so einem grundsätzlichen Artikel werden wir wichtige einzelnen Fragen aufwerfen, die am ÖG B-Kongress eine Rolle spielen werden. Wir haben an das grundsätzliche Herangehen an die Frage des Lohns und an die Haltung der ÖGB zur kap. Rationalisierung gedacht. Außer der schriftlichen Propaganda und dem Auftreten der Genossen in einzelnen Gewerkschaftsgruppen fassen wir kein organisiertes Auftreten ins Auge. Zur Vorbereitung dieses Auftretens sollten alle Genossen sich mit der letzten "Arbeit und Wirtschaft" vertraut machen, wo alles aufgeworfen wird, was auch am ÖGB-Kongress eine Rolle spielen wird. Überhaupt sollte die Gew-Presse regelmäßig gelesen werden.

Jedes Kollektiv hat einen Fragebogen über das Betriebsgesundheitswesen erhalten(im Fach!) , der unbedingt und rasch beantwortet werden und an mich zurückgegeben werden sollte.

W.L.

BESCHLUSSENTWURF

1. Der 8.Gewerkschaftstag (15. - 20.Sept.) wird die Politik des ÖGB für die kommenden 3 Jahre festlegen.
Die Festlegungen werden Fragen betreffen, die für den Kampf der österr. Arbeiterklasse entscheidende Bedeutung haben: Lohnpolitik, gesetzl. Arbeitnehmerschutz, Versicherungswesen, Arbeitsbedingungen, Berufsaubildung.
In diesen Fragen wurden in den vorbereitenden Arbeitskreisen Richtlinien erarbeitet, wie die Politik des ÖGB in Zeiten "sinkender Wachstumsraten" neu zu bestimmen sei. Diese Richtlinien wollen die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse an das Wohlergehen des kapital. Systems binden.
Auf dem Gewerkschaftstag wird dieser Position keine solche gegenüberstehen, die die Arbeiterklasee hinter selbständigen Forderungen gegen die Kapitalistenkäasse zusammenschließen will. Dafür sorgt schon die Auswahl der Delegierten und das beschränkte Antragsrecht: nur der Bundesvorstand und die Zentralvorstände der einzelnen Gewerkschaften können Anträge einbringen.

2. Die Ausrichtung der ÖGB-Politik, die am 8. GT vollzogen werden wird, schafft einerseits ungünstige Bedingungen für den Klassenkampf, weil sie die Gewerkschaft verstärkt auf die Verteidigung und Rettung der kap Wirtschaft festlegt.

Diese Festlegungen sind aber nur so viel wert, als sie sich bei den Gewerkschaftsmitgliedern und den unteren Vertretungsebenen durchsetzen.
Das kann und wird nicht reibungslos vor sich gehen - weil die Politik der Klassenzusammenarbeit nicht den Intereseen der Mitglieder entspricht.
Der GT selbst wird die Auseinandersetzungen darüber in der Arbeiterklasse verbreitern und vertiefen, welcher Weg angesichts der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus und ihrer Folgen eingeschlagen werden soll.

Der GT findet in einer Situation statt, wo diese Auseinandersetzungen ohnedies schon immer stärker geführt werden mit der Blickrichtung auf die Gewerkschaftspolitik: weil sich durch die Zunahme der Konkurrenz um den Arbeitsplatz die Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse ändern. Weil dadurch die Klarheit wächst, daß gegen die Kapitalisten ohne die Kampfkraft einer ganzen Branche bzw. der ganzen Klasse immer weniger zu erreichen ist. Weil dafür die Gewerkschaftspolitik eine entscheidende Bedeutung bekommt.
Diese Situation stellt uns vor wichtige Aufgaben:

3. Wenn wir an die Bestimmung unserer Aufgaben in Bezug auf den bevorstehenden GT herangehen, müssen wir uns vor Augen führen unsere Aufgaben im Kampf um die Gewerkschaft.

Den Kampf um die Gewerkschaft führen die Kommunisten "als Kampf um die Selbständigkeit und Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse, die die erste Voraussetzung dafür ist, daß das Proletariat auch die Volksmassen einheitlich um sich zusammenschließen kann zum Sturz der Bourgeoisieherrschaft." (RB, S89)
Diese Einheit muß sich - entsprechend dem Zweck des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses - auf die Beseitigung der Konkurrenz und Spaltung unter den Arbeitern richten. Sie kann daher nur hergestellt werden auf einer solchen Linie, die die Ausrichtung der Gewerkschaftpolitik auf die Durchsetzung der Arbeiterforderungen gegenüber dem kapitalist. Staat zum Ziel hat. Die entscheidende Aufgabe unserer

Gewerkschaftsarbeit ist es daher, für den Zusammenschluß der Mitgliedermassen ~~gyf~~ hinter diesen Forderungen zu arbeiten.
Das bedeutet, daß wir diese Forderungen als Vorschläge für die ÖGB-Politik entwickeln müssen. Das erfordert natürlich, daß wir eine richtige und treffende Kritik an den soz.dem. Positionen üben, indem wir zeigen, daß sie für den Kampf gegen den Kapitalismus ungeeignet sind.

Wenn wir soan die Sachen herangehen, können wir feststellen: Der Kampf um die Gewerkschaft ist ein langandauernder Kampf. Eine beständige Aufgabe der Kommunisten, der wir bisher unzureichend nachgekommen sind.
Der GT wird für einige Zeit in der Öffentlichkeit eine große Rolle spielen. Das muß für uns eine Anlaß sein, um in unserer Agit. und Prop. verstärkt eine fundierte Kritik an den klassenversöhnlerischen Positionen im ÖGB zu leisten und unsere Vorschläge für die Gewerkschaftspolitik zu unterbreiten.
Das Entscheidende ist aber, daß der GT zum Anstoß für uns wird, unsere laufende Politik zu verbessern:
daß dort, wo unsere Einheiten tätig sind, wir bei allen auftretenden Fragen in unseren Vorschlägen Positionen beziehen zu den Auffassungen und zu der Politik der Gewerkschaft in diesen Fragen. Daß wir klare Stellungnahmen von BRäten, Personalvertretern und Vertrauensmännern bzw. Gewerk.pol. anstreben. Daß wir unsere Vorschläge als Vorschläge für die Arbeit der betrieblichen Gewerkschaftsebene (BR usw) bzw. der Gewerkschaft und des gesamten ÖGB machen.

AUSWERTUNG DER FRAGEBÖGEN - ZEITUNGSVERKAUF JULI - NUMMER 29.Juli

Laut der bis zum 28.Juli abgegebenen Fragebögen wurden 348 Zeitungen verkauft.

Aufteilung uf die Kollektivverbände:

Koll.Verband	Anzahl d.Protokolle= Anzahl d.Plätz, auf denen verkauft wurde	verkaufte Zeitungen	Verkäufer
I.	14	131	51
II.	15	151	42
III.	3	31	12
IV.	5	50	19
insgesamt	37	363	124

- Demnach wurden pro Verkuuf von einigen Genossen etwas weniger als D R E I Zeitungen verkauft.

- Von den Betrieben lagen nur Ergebnisse von vier Betrieben vor:

Waagner-Biro:	32
Eumig	16
Schrack	13
Wertheim	15
insgesamt:	76

+ Besondere Arten des Verkaufs:
- 1 mal am Wienerberg Hausverkauf: Eine Genossin verkaufte in 2 St. 10 Zeitungen
- Ottakring: Gasthausverkauf.